Spanien

PETER FREY

Die EG-Mitgliedschaft: Ende der Isolation und Beginn eines gemeinsamen Weges

Am Ende spielten Orangen und Trauben, Fischereiflotte und Olivenfelder keine Rolle mehr. Spaniens Ministerpräsident Felipe González kam in die Verlegenheit, einen gewöhnlichen 29. März zu einem historischen Datum zu erklären: „Am heutigen frühen Morgen wurde ein weitreichender Schritt getan. Unsere Integration in die Europäische Gemeinschaft ist jetzt nicht mehr aufzuhalten."[1] Verlauf und Stil der siebenjährigen Beitrittsverhandlungen durchaus entsprechend, war dem staatsmännischen Stoßseufzer ein Poker in zwei Etappen vorausgegangen. In der Woche vor dem Frühjahrsrat 1985 hatten die Außenminister in einer der längsten Verhandlungsrunden der Gemeinschaftsgeschichte die noch offenen Probleme praktisch geklärt; doch die EG wäre nicht sie selbst gewesen, wenn nicht Details abschließende Vereinbarungen noch einmal verhindert hätten, der letzte Akt des Beitrittsdramas buchstäblich Stunden vor dem Rat der Staats- und Regierungschefs gegeben worden wäre. Dem EG-Süderweiterungsmanager, Kommissar Natali, standen in der Nacht des Durchbruchs Tränen in den Augen, der spanische Außenminister sagte, der Beitritt beende „Jahre der Enttäuschung und internationaler Minderwertigkeitskomplexe"[2].

In ihrem 16-Stunden-Sitzungsmarathon waren die Verhandlungsführer übereingekommen, daß Spaniens Agrarexporte in die Gemeinschaft vier Jahre eingefroren werden, die volle Integration erst nach elf Jahren abgeschlossen sein solle, daß seine Weinüberschüsse zu Alkohol destilliert werden und von den 300 Booten seiner Fischfangflotte nur 150 gleichzeitig in EG-Meeren ihre Netze auswerfen dürften. Die bereits in Gemeinschaftsländern lebenden Spanier erhalten die gleichen Rechte wie ihre EG-Kollegen, ihre Angehörigen dürfen ohne Wartezeit nachziehen. Nach einer siebenjährigen Übergangsfrist wird Spanien zu den Nettozahlern in der Gemeinschaft gehören, zunächst erhält es immer kleiner werdende Anteile seines Mehrwertsteueraufkommens aus Brüssel zurück.

In der „Botschaft der Hoffnung", mit der Felipe González die Entscheidung begrüßte, sprach Spaniens Premier nicht nur von der Überwindung einer jahrzehntelangen Isolation, dem erfolgreichen Ende eines Kampfes um Demokra-

tie und politische Freiheit, von der europäischen Herausforderung zu Modernisierung und Konkurrenz. „Spanien trägt zu Europa einen neuen und jungen demokratischen Impuls bei. Eine Hoffnung auf ein Europa, das politisch dazu in der Lage ist, auf die Herausforderungen zu antworten, vor die sich die Welt und Europa selbst gestellt sehen. . . Wir müssen und können erreichen, daß Spanien an der Spitze der europäischen Länder geht, die sich auf den Weg hin zu ihrer Einheit machen, um der Welt ein Projekt anzubieten, ja ein gemeinsames Schicksal."[3] Die Spanier hatten immer wieder den politischen Willen der Gemeinschaft für die zweite Runde der Süderweiterung beschworen[4]. Die Aufbruchstimmung, die sich auf dem Brüsseler Gipfel trotz der griechischen Vorbehalte[5] breit machte – erstmals war wieder so etwas wie eine europäische Begeisterung spürbar –, wurde zur politischen Morgengabe der Spanier. Bettino Craxi, EG-Ratspräsident, versprach, beim Mailänder Gipfel im Juni 1985 die Beitrittsakte unterschriftsreif vorlegen zu können.

Stuttgart, Fontainebleau, Brüssel: eine Erfolgsgeschichte und ihre Detailprobleme

Der Stuttgarter Gipfel 1983 hatte die Frage der Süderweiterung mit der Aufstockung der Finanzmittel der Gemeinschaft verbunden. Das Übereinkommen der Staats- und Regierungschefs von Fontainebleau im Juni '84 öffnete mit der Lösung der Frage des britischen Beitrags die Perspektive auf eine erfolgreiche Endphase der Beitrittsverhandlungen. Die Reaktionen auf den „Schlüssel-Gipfel"[6] am Ende der französischen EG-Präsidentschaft waren in Spanien fast euphorisch: „Wir können uns zur Übereinkunft von Fontainebleau nur gratulieren und Frankreich ganz herzlich danken, dessen Präsidentschaft tatsächlich entscheidend dafür war, Spanien die Tür zu öffnen. Seit gestern sind die Pyrenäen niedriger geworden."[7]

Statt zu dem für den 30. September avisierten Ende der Verhandlungen kam es aber zum „Fußtritt von Luxemburg"[8]. Bei der 25. Ministerrunde konnte die Gemeinschaft den Spaniern keine Verhandlungsposition über die noch offenen Kapitel vorlegen. Die spanischen Unterhändler wurden nicht einmal empfangen. „Demütigung", „peinliches und bedauerliches Spektakel"[9], so die Kommentare aus der spanischen Verhandlungsdelegation Anfang Oktober. Die 26. Runde, bei der die Gemeinschaft sich über die Themen Soziale Angelegenheiten, Olivenöl und Zollabbau äußerte, markierte dann aber einen Aufbruch. Das Intermezzo des Dubliner Gipfels bescherte dem Europäischen Rat Verdruß über Sardinen und Weinproduktionsquoten. Trotz allfälliger Verärgerung öffnete der Gipfel aber mit dem Weinkompromiß über die Überschußregelung eine Diskussionsgrundlage für die weiteren Verhandlungen, die von zweimonatlichen Konsultationen längst zu permanenten geworden waren. Von Mitte November '84 bis zum Ende am 29. März 1985 verhandelten Spanier und Europäer in Brüssel oder den Hauptstädten fast ohne Pause – und bis zum Rande physischer Erschöpfung.

Die Spanier lehnten den Dubliner Weinkompromiß mit dem Argument ab, die Ernten von 1981 bis 1983, die bei der Errechnung der künftigen Produktionsquote zu Grunde gelegt werden sollten, seien die schlechtesten seit Jahren gewesen[10]. Außerdem gehe die spanische Weinwirtschaft von weitaus ungünstigeren Strukturbedingungen aus als die europäische Konkurrenz. Das Verbot, künstlich zu bewässern, und strenge Reinheitsauflagen sorgten für wesentlich geringere Hektarerträge der spanischen Erzeuger. Spanien forderte für seine Winzer eine 30 Prozent höhere Produktionsrate als im europäischen Durchschnitt erlaubt worden war. Beim Fischereithema nannten die Spanier die EG-Forderung nach einer drastischen Reduzierung ihrer Fangkapazitäten und -reviere vor allem wegen der hohen sozialen Kosten im Norden des Landes unannehmbar. Eine mehr als siebenjährige Übergangsfrist bis zur völligen Integration ins ‚Blaue Europa' mit der Aussicht, erst nach der Jahrtausendwende in den EG-Meeren gleichberechtigt zu sein, wollten sie nicht akzeptieren.

„Die Gemeinschaft muß im Bereich von Landwirtschaft und Fischerei großzügig sein, damit wir die Effekte einigermaßen neutralisieren können, die durch die Öffnung unseres Marktes für europäische Industrieprodukte entstehen"[11], erklärte der Unternehmerverband CEOE im Blick auf die Vereinbarungen im Industriebereich. Hier hatte Spanien in eine siebenjährige Übergangsfrist bis zum völligen Zollabbau eingewilligt, einer 65-%-igen Zollreduzierung innerhalb der ersten vier Jahre und einer Sonderregelung für die Einfuhr von Automobilen zugestimmt. Im Blick auf die Verhandlungsposition der EG im Bereich von Landwirtschaft und Fischerei kommentierte Verhandlungsführer Staatssekretär Marin: „Die EG bietet Bedingungen, die unterhalb dessen liegen, was Spanien annehmen kann. Sie zu akzeptieren, würde irreparable Schäden für uns bedeuten. Es handelt sich bei diesen Positionen ganz eindeutig um ein Problem kommerzieller Gefräßigkeit von Seiten der Gemeinschaft. Sie kann dieses Land definitiv in den Ruin, ins Elend stürzen, es wirtschaftlich zerstören."[12]

Besondere Verärgerung löste der Gemeinschaftsvorschlag zu den spanischen Früchten und Gemüsen aus. Dem EG-Konzept, Spanien als Mitglied noch über Jahre hinaus höhere Einfuhrzölle für seine Zitrusfrüchte aufzuerlegen als Drittländern wie Israel oder Marokko, konnten die Madrider Unterhändler nicht zustimmen. Sie empfanden es auch als auffälligen Kontrapunkt zur politischen Rhetorik von Bundesaußenminister Genscher, daß sich die Bundesrepublik hinsichtlich des spanischen Olivenöls störrisch verhielt. Die Spanier strebten eine Heranführung ihrer Produktion auf europäisches Preisniveau binnen zehn Jahren und in linearen Schritten an. Die Bundesregierung offerierte aber – die Finanzierungsprobleme des absehbaren Olivenölsees fest im Blick – statt der 10-%-Sprünge nur Schritte à fünf Prozent, bis zu einer völligen Reform des gesamten Sektors. Die Spanier werteten diese Verhandlungsphilosphie als Diskriminierung.

21 % Arbeitslose, Bürgerkriegsszenen im Baskenland

Die Losung, mit der die spanische Delegation in der Schlußphase der Verhandlungen operierte, „Beitritt ja – aber nicht um jeden Preis"[13], ist nicht verständlich ohne die innenpolitische Situation zur Hälfte der sozialistischen Regierungszeit. Statt die in der Wahlkampagne 1982 versprochenen 800 000 neuen Arbeitsplätze zu schaffen, haben Felipe González und seine Minister Miguel Boyer (Wirtschaft und Finanzen) und Carlos Solchaga (Industrie) dem Verschwinden von 400 000 Stellen zugeschaut, Stellenkürzungen im Rahmen der „reconversión industrial" sogar gefördert. Allein 1984 wurden für die industrielle Erneuerung 297 000 Arbeitsplätze planmäßig geopfert, die Arbeitslosenquote stieg auf 21,7 Prozent. Die PSOE setzt abgesehen von ihren Wählerstimmen mit ihrem ehrgeizigen Modernisierungsprogramm auch den sozialen Frieden aufs Spiel. Entlang der spanischen Nordküste, wo im Bereich der Werften 20 000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen, kam es nicht nur zu Generalstreiks, Demonstrationen, symbolischen Protesten[14]. In Gijón versuchten Arbeiter, das Rathaus in Brand zu setzen, im baskischen Bilbao kam es zu bürgerkriegsähnlichen Szenen beim Kampf um eine besetzte Werft. Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in den drei baskischen Provinzen, von der Jugendliche, Schulabgänger und Jungakademiker besonders betroffen sind, sorgt für eine zunehmende Spannung in der Region, die durch das Wiederaufflammen des schon fast überwunden geglaubten Terrorismus und eine Führungskrise innerhalb der Baskischen Nationalpartei ohnehin in eine schwere Turbulenz geraten ist.

Die Wirtschaftsexperten der Sozialisten nennen die Verkleinerung der Belegschaften, vor allem in den unrentablen Staatsbetrieben, die einzige Chance, die Strukturdefizite der spanischen Wirtschaft zu beseitigen. 1984 halten sie für das „harte Jahr"[15] der Erneuerung. Die Zeit sei reif für private Investitionen, pünktlich mit dem Beitritt des Landes in die EG könne die Neu-Industrialisierung beginnen. 1985 soll das erste Jahr werden, in dem neue Arbeitsplätze entstehen. „Die spanische Wirtschaft befindet sich in einem Sanierungsprozeß, der schwierig und schmerzhaft ist, aber die Grundlage für einen wirklichen Aufschwung schafft."[16] – Was empfinden Sozialisten, wenn ihre Wirtschaftspolitik so von Arbeitgeberverbänden gelobt wird, während die kommunistische Gewerkschaft, die viele Mitglieder in den Industriebezirken hat, einen Sozialpakt, der in der Regie der Regierungen zwischen den Tarifpartnern ausgehandelt wurde, nicht unterzeichnet und die gemäßigte UGT-Gewerkschaft und die Sozialisten des Verrates an den Arbeitnehmern bezichtigt? Das Wirtschafts- und Sozialabkommen 1985–1986[17] vom Oktober '84 sieht neben Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Investitionsförderung und dem Versprechen, die Staatsverschuldung unter 5 Prozent zu drücken, eine Senkung der Sozialversicherungsleistungen der Unternehmer und eine Verhandlungsmarche bei bevorstehenden Tarifverhandlungen zwischen 5,5 und 7,5 % vor.

Die Sozialisten verweisen auf Erfolge ihrer Wirtschaftspolitik. Die Inflationsrate der Pesete liegt mit 8 bis 9 % unter europäischem Niveau. Sie verstehen die ‚reconversión' als unbequeme, aber notwendige Arbeit, an die sich die ersten demokratischen Kabinette nicht herangetraut haben. „Sie drücken sich nicht, aber ihr Mut ist selbstmörderisch."[18]

Die NATO – die zweite offene Wunde der Sozialisten

„Ich wäre auch nicht gerne der NATO beigetreten. . ., aber wir haben eine de-facto-Situation vorgefunden, und es ist nicht leicht, mit ihr fertig zu werden."[19] – Felipe González hat vor Beginn der entscheidenden Phase de EG-Beitrittsverhandlungen Farbe in Sachen NATO bekannt. In seiner Rede zur Lage der Nation im Herbst '84 gab er zu verstehen, daß er als spanischer Regierungschef für den Verbleib im nordatlantischen Bündnis sei, eine Eingliederung der Streitkräfte in die militärische Struktur des Bündnisses aber für nicht erforderlich hält. Dem pragmatischen Teil der spanischen Sozialisten schwebt eine Mitgliedschaft in der NATO à la française, mit einer sehr abgeschwächten Mitgliedsformel, vor. González warb in der NATO-Frage um einen nationalen Konsens und konturierte seine weiteren sicherheitspolitischen Vorstellungen in einem 10-Punkte-Plan[20], zu dem auch die Verringerung der nordamerikanischen Präsenz in Spanien, die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union und der Grundsatz gehören, Spanien solle ein atomwaffenfreies Land bleiben. An seinem Versprechen, ein Referendum über die NATO-Mitgliedschaft durchzuführen, will er offensichtlich festhalten. Gegen Jahresende sprach er sogar vom „bindenden Charakter", den eine solche Volksabstimmung für ihn habe, monatelang hatte er das Votum als „konsultativ" eingestuft. Der für den im Dezember angesetzten Parteitag prophezeiten „Hausstreit bei den spanischen Sozialisten"[21] über die NATO-Frage geriet so fast zum Sturm im Wasserglas. Das Abstimmungsergebnis fiel zwar weniger eindeutig aus, als es die Regierung sich gewünscht hätte, immerhin stimmten noch etwa 40 % der Delegierten für einen Austritt aus der NATO. Doch blieb der Eindruck vorherrschend, daß González seine Partei auch in dieser Frage fest im Griff hat. „Anpassung an die Realitäten oder anders ausgedrückt: Ausrichtung der Partei auf die Machtausübung der Regierung ist die Quintessenz des PSOE-Parteitages."[22] Am Ende war die Sprache der politischen Kultur sogar um einen Terminus reicher. Die Kommentatoren hatten einen neuen -Ismus erfunden, den „Felipismus", „Sozialismus, das ist jetzt Demokratie, Freiheit und Solidarität. Marx ist weg, neue, klare Konturen sind noch nicht gefunden. Wie die Linke aller Industriestaaten sind Spaniens Sozialisten auf der Suche nach ideologischem Halt. . . Ihre einzige Utopie ist vorläufig die ‚solidarische Gesellschaft'"[23].

Die Wende in der Wende – mit dem Slogan des ‚cambio' hatten die Sozialisten unter anderem auch mit einer NATO-kritischen-Haltung den Siegeszug zur Regierungsmacht angetreten – geht nicht ohne Verbalakrobatik von stat-

ten. „Wir haben 1981 bei einer Kampagne gegen den spanische NATO-Beitritt mitgemacht. Wir waren nicht grundsätzlich gegen die NATO, nur gegen den Beitritt in diesem Moment und unter diesen Bedingungen. Jetzt geht es aber darum, zu analysieren, wie der historische Prozeß des Landes seitdem verlaufen ist. Wenn man ernsthaft, rigoros und verantwortlich nachdenkt, muß man erkennen, daß es für das Land nicht gut wäre, die Atlantische Allianz jetzt zu verlassen."[24] Während bei der unabhängigen Linken und im konservativen Spektrum noch spekuliert wird, ob das Referendum tatsächlich stattfinden wird, ob die Regierung das Risiko eingehen wird, daß die NATO-Gegner eine Stimmenmehrheit auf sich vereinigen könnten, ist die PSOE schon einen Schritt weiter. Sie setzt ihre Mitglieder als Multiplikatoren für ein Ja zum NATO-Verbleib ein. Unterstützt werden soll diese Basisarbeit durch eine Informationskampagne, die von der gleichen Werbeagentur gestaltet wird, die „Felipe" 1982 in den Moncloa-Regierungspalast gebracht hatte.

Zu González Stärke kommt die Schwäche der Opposition. Das bürgerliche Lager kann keine überzeugende personelle Alternative bieten. Ex-Franco-Minister Fraga Iribarne ist als Chef der Volksallianz selbst das größte Hindernis für seine Partei, die 30-Prozent-Marke zu übersteigen. Die vielbeschworene Koalition des Zentrums, in der Nachfolge der von der politischen Szene verschwundenen UCD, steht aus programmatischen wie personellen Gründen weiterhin in den Sternen. Auch die Linke kann die Chance öffentlicher Unzufriedenheit mit einer mehr sozialdemokratischen als sozialistischen Regierungspartei nicht nutzen. Spaniens Kommunisten erleben eine Zerreißprobe. Ein moskautreuer Flügel hat sich 1984 abgespalten, die eurokommunistische Öffnung der Partei kritisierend. In der Rest-PCE schwelt ein Konflikt zwischen dem jungen Parteichef Iglesias und Altfunktionär Carrillo, der die Züge eines gnadenlosen Machtkampfes trägt und doch mehr ist: ein Richtungskampf um die Frage, wieviel Demokratie die PCE intern braucht, wie weit sie sich als Sammelbecken für die Linke öffnen soll. Es ist höchst fraglich, ob es dem einen oder anderen Parteiflügel gelingen kann, sich bis zur Wahl im Herbst '86 so zu konsolidieren, daß wenigstens das miserable Ergebnis von '82 verbessert wird.

Die spanische Herausforderung an Europa

In Spanien ist noch etwas spürbar, was sich zwischen Dublin und Athen verflüchtigt hatte: ein „Glauben an Europa"[25]. Spanien wird mit seinem Beitritt in die Gemeinschaft nicht nur die Zahl ihrer Kommissare und Parlamentarier erhöhen (bei der Verhandlungsrunde vom 18. Dezember wurde festgelegt, daß Spanien zwei Kommissare und 60 Abgeordnete im Europaparlament erhält, die im Frühjahr 1986 direkt gewählt werden sollen), Spanien wird nicht nur den Dolmetscherdienst der Gemeinschaft fordern. „Für uns bedeutet Europa Freiheit. Europa, das ist die Ära des Fortschritts, der Technologie. Trotz dieser harten Verhandlungsjahre, trotz gewisser Ermüdungserscheinungen und Frustrationen ist für uns dieser Horizont nie verloren gegangen."[26] In Spanien wird

Europa aber auch als intellektuelle Herausforderung begriffen: „Es überrascht doch, daß ein Kontinent, der durch Jahrhunderte gewöhnt war, sich selbst für das Zentrum der Welt zu halten, heute einer Invasion von Kulturindustrien ausgesetzt ist, die seine Identität, seine Lebensformen, seine Werte und das Wissen über das, was wir unwillkürlich als westliche Zivilisation in uns tragen, zerstört. Die Wiedergewinnung des Kulturraums Europa. . . ist die dringendste Aufgabe für die Intellektuellen Europas. In der Menschheitsgeschichte hat es nicht ein einziges Modell des Zusammenlebens gegeben, nicht ein einziges politisches oder wirtschaftliches Unternehmen, das nicht von einer zusammenhängenden und soliden Bewegung von Intellektuellen vorphantasiert, stimuliert und bereichert worden wäre."[27]

Spanien fordert Europa nicht nur zu einem neuen Selbst-Bewußtsein, sondern auch zu konkreter politischer Stellungnahme heraus. Unbefangen wird auch der sicherheitspolitische Komplex in die Überlegungen eingeschlossen: „Der Verlust der Souveränität Europas findet seinen klarsten Ausdruck bei den Genfer Verhandlungen, wo zwei Supermächte über die Sicherheit des Kontinents diskutieren, fernab von denen, die ihn bewohnen. . . Die Meinung, daß diese [militärischen] Fragen dem Projekt des Aufbaus eines vereinten Europa fern oder fremd seien, ist unhaltbar."[28] In Regierungskreisen fügt man eine pragmatische außenpolitische Überlegung hinzu: „Lateinamerika brennt geradezu darauf, daß Europa etwas tut. In Nordafrika regiert die vielleicht letzte pro-westliche Generation vor einer Welle des islamischen Fundamentalismus. Wenn sich Europa nicht dazu entschließt, politisch zu agieren, wird es bald völlig von der Bühne des Weltgeschehens verschwunden sein."[29]

Die erste spanische Herausforderung, die Bewältigung des Beitrittsprojekts, hat der Gemeinschaft gezeigt, wozu sie noch im Stande ist. Antwortet die Gemeinschaft auf die zweite spanische Herausforderung, wird sie in eine Debatte über ihre politische Perspektive und kulturelle Gestalt aufbrechen.

Anmerkungen

1 Botschaft an die Nation, in: El País v. 30.3.1985.
2 El País v. 30.3.1985.
3 Botschaft an die Nation, a.a.O.
4 Der Staatssekretär für die Beziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft, Manuel Marín, erklärte am 4.3.1985 in einem Gespräch in Madrid: „Die Verhandlungen haben längst ihre politische Phase erreicht. Es geht nicht mehr um technische Details, sondern um den politischen Willen, es geht darum, ob die Erweiterung gewollt ist oder nicht."
5 Der griechische Präsident Papandreou hatte seine Zustimmung zur iberischen Mitgliedschaft davon abhängig gemacht, daß die Gemeinschaft Griechenland innerhalb ihres integrierten Mittelmeerprogramms finanziell kräftig unterstützt.
6 El País v. 25.6.1984.
7 Cambio 16 v. 27.7.1984.
8 El Periódico v. 9.10.1984.
9 Berichterstattung von El País aus Luxemburg am 4.10.1984.
10 Im Madrider Landwirtschaftsministerium wurden Anfang März folgende Produktions-

zahlen (in Mio. Hektolitern) genannt: 1979: 48 205; 1980: 42 402; 1981: 33 667; 1982: 31 633; 1983: 31 572; 1984: 35 600.

11 Antonio Alonso vom spanischen Unternehmerverband CEOE bei einem Gespräch in Madrid am 6.3.1985.

12 Manuel Marín im Gespräch am 4.3.1985.

13 Vgl. die Zeit v. 15.3.1985.

14 In Bilbao ketteten sich 300 Werftarbeiter aus Protest gegen die Regierungspläne an eine Brücke. Bezüglich der Wirkungen der EG-Mitgliedschaft Spaniens in den Regionen, vgl. Peter Frey, Spanien vor dem EG-Beitritt. Ein Blick durch die Literatur, in: Integration, Institut für Europäische Politik, Bonn 1984, Nr. 4, S. 227ff.

15 Pedro Solves aus dem spanischen Industrieministerium im Gespräch am 7.3.1985 in Madrid.

16 Boletín CEOE, Informationsblatt des Unternehmerverbands CEOE, Januar 1985, Nr. 68.

17 Erhältlich in einer deutschen Übersetzung beim Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit in Madrid, spanisch „Acuerdo Económico y Social".

18 Horst Bieber, Der Demokratie auf das Herz gezielt, in: Die Zeit v. 10.2.1985.

19 Süddeutsche Zeitung v. 3.10.1984.

20 Eine Auflistung der zehn Punkte enthält „Liberación" am 5.3.1985, vgl. auch Spanien, Informationsblatt der Oficina de Información Dilomática in Madrid, Nr. 137, 12/1984.

21 Neue Zürcher Zeitung v. 7.11.1984.

22 Der Bund v. 17.12.1984.

23 Werner Herzog, González-Sozialismus, in: Frankfurter Rundschau v. 17.12.1984.

24 Parteisprecherin Elena Flores beim Gespräch in Madrid am 7.3.1985.

25 Marcelino Oreja Aguirre, Fe en Europa, in: El País v. 9.1.1984.

26 Elena Flores beim Gespräch am 7.3.1985.

27 Juan Luis Cebrián, Aleluya por Europa, in: El País v. 31.3.1985.

28 Ebenda.

29 Der außenpolitische Berater von Ministerpräsident González Juan Antonio Yañez im Gespräch in Madrid am 7.3.1985.

Weiterführende Literatur

Anuario El País 1984, Madrid: Prisa 1984.

Attard, Emilio, El cambió, antes y después, dos años de felipismo, Barcelona: Argos-Vergara 1985.

Banco Exterior' de' España/Junta de Canarias, Informe a la Junta de Canarias sobre la posible adhesión de las islas a la CEE, Santa Cruz de Tenerife 1982.

Herald Tribune: Spain, a special report, 2.7.1984.

Herzog, Werner, Schwellenangst in Spanien und Portugal: EG-Beitritt ohne Begeisterung, in: Frankfurter Rundschau v. 24.11.1984.

Ministerio de Cultura: Dos años de política cultural 1983–1984, Madrid 1984.

Oneto, José, El secuestro del cambio, Felipe año 11., Barcelona: Plaza y Janés 1984.

Ungerer, Werner, Europäische Perspektiven nach Fontainebleau, in: Außenpolitik, Hamburg 1984, Nr. 4, S. 394–408.

Sarasqueta, Antxón, De Franco a Felipe, Barcelona: Plaza y Janés 1984.

Sotelo, Ignacio, El fiasco del socialismo mediterráneo, in: El País, 16.12.1984.